

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 37/93

Berlin *Bibliothek* 16. September 1993 60. Jahrgang

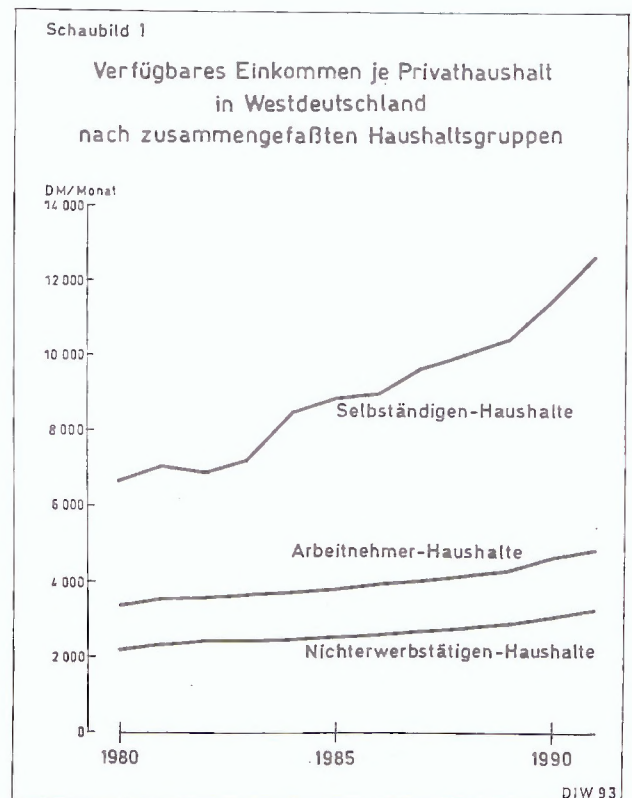
Verteilungsprobleme in Westdeutschland¹

In den 80er Jahren hat sich ein grundlegender Wandel in der Struktur der Einkommensverteilung vollzogen. War in den beiden vorangegangenen Jahrzehnten die Lohnquote (Anteil der Löhne am Volkseinkommen) noch trendmäßig gestiegen, so kehrte sich diese Entwicklung Anfang der 80er Jahre um. In einer Zeit, in der fast alle Gruppen der Gesellschaft an dem langen wirtschaftlichen Aufschwung partizipierten, hatte eine Anteilsbetrachtung nur eine geringe Bedeutung. Jetzt, wo sich Westdeutschland in einer Rezession befindet und zur Finanzierung des Aufbaus in Ostdeutschland über längere Zeit vom Westen größere Lasten getragen werden müssen, könnte der Rückgang der Lohnquote für die Gruppe der Arbeitnehmer spürbar werden: Der geringe reale Einkommenszuwachs, den sie in den letzten 10 Jahren erzielte, droht weitgehend aufgezehrt zu werden. Hinzu kommt, daß auch die verschiedenen Steuerreformen in den 80er Jahren und die Eingriffe ins Sozialversicherungssystem die Einkommensdisparitäten zwischen den sozialen Gruppen weiter vergrößerten.

Die Diskussion zum „Föderalen Konsolidierungsprogramm“ vom März 1993 zeigte, daß Verteilungsfragen an Bedeutung gewonnen haben. Zwar dürften die gewählten Steuererhöhungen — im wesentlichen Solidaritätszuschlag und Mineralölsteuererhöhung — weitgehend verteilungsneutral sein, doch wird damit nicht die soziale Schiefelage bei der Verteilung der Lasten der deutschen Vereinigung korrigiert. Diese besteht vor allem darin, daß ein großer Teil der Kosten der durch den Vereinigungsprozeß hervorgerufenen Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland über den höheren Beitragsatz zur Arbeitslosenversicherung finanziert wird.

Die Entwicklung der Haushaltseinkommen im letzten Jahrzehnt

Von 1982, dem Jahr mit der höchsten Lohnquote in der Geschichte der Bundesrepublik, bis 1991 sind die Netto-



einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen um 123 vH gestiegen, während im gleichen Zeitraum die

¹ Der Bericht basiert auf einem Gutachten des DIW im Auftrage der Hans-Böckler-Stiftung. K.-D. Bedau, V. Meinhardt, F. Stille, D. Teichmann und R. Zwiener: Zur Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin im Februar 1993 (als Manuskript vervielfältigt).

Bruttogewinne um 110 vH zunehmen. Ein großer Teil der Unternehmereinkommen verblieb allerdings als unverteilter Gewinn im Unternehmensbereich, so daß die verfügbaren Einkommen je Selbständigen-Haushalt (außerhalb der Landwirtschaft) in dieser Zeit im Durchschnitt nur um etwa 90 vH zunahmen (vgl. auch Schaubild 1). Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum die Zahl der entsprechenden Haushalte um 13 vH zugenommen, die Zahl der Haushaltsmitglieder allerdings deutlich abgenommen hat².

Die Arbeitnehmer haben in dieser Zeit deutlich geringere Einkommenszuwächse erzielt. Waren die gesamten Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in diesem Zeitraum um gut 50 vH gestiegen, so betrug der Zuwachs der Nettoeinkommen nur 44 vH. Berücksichtigt man noch die Zunahme der Zahl der Beschäftigten von 10 vH, so verbleibt ein Einkommenszuwachs von 31 vH je Arbeitnehmer. Die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer-Haushalte, die auch Zinseinkommen und fiktive Entgelte der Eigennutzung von Wohnungseigentum enthalten, sind vergleichsweise also nur geringfügig gestiegen. In einer

Zeit, in der das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 30 vH zulegte, konnten die Arbeitnehmer-Haushalte nach Abzug der Preissteigerungen ihre realen Haushaltseinkommen gerade um etwa 10 vH steigern, bei den Selbständigen (ohne Landwirte) war es dagegen ein realer Zuwachs von über 60 vH, ihr nominales verfügbares Monatseinkommen lag 1991 mit 13 800 DM um mehr als das Zweieinhalbfache über dem der Arbeitnehmer-Haushalte und Landwirte. Als Folge der Mittelaufbringung für den Aufbau Ostdeutschlands dürften die Arbeitnehmer-Haushalte in einigen Jahren real wieder da stehen, wo sie vor 10 Jahren waren.

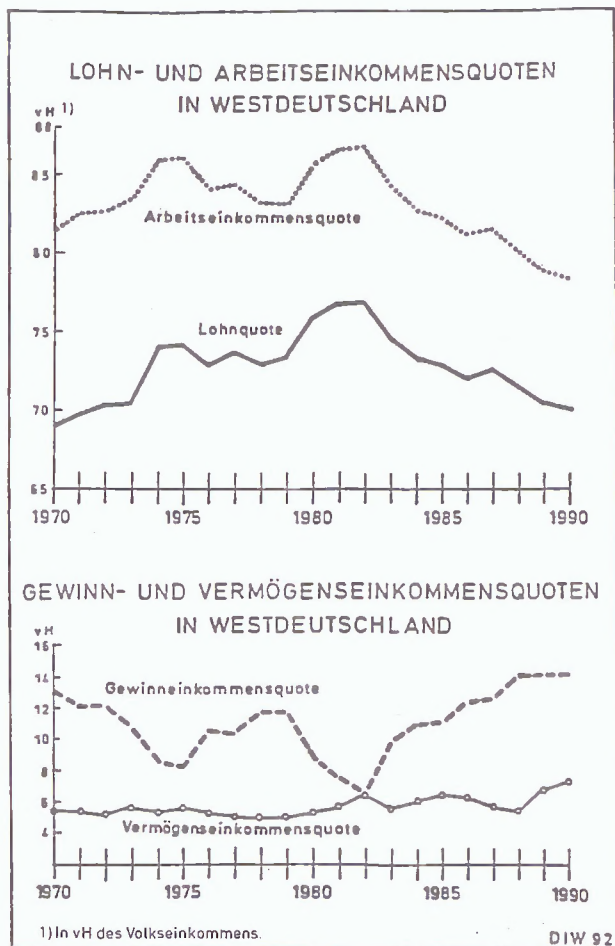
Berücksichtigt man die Veränderung der Struktur der Erwerbstätigenzahl in den letzten 30 Jahren — Zunahme der Zahl der abhängig Beschäftigten und Rückgang der der Selbständigen —, dann zeigt sich, daß die korrigierte Lohnquote zu Beginn der 90er Jahre (1990: 60,5 vH) wieder ein Niveau erreicht hat wie zu Beginn der 60er Jahre (1960: 60,1 vH). Ein ähnliches Ergebnis erhält man, wenn man zum Lohneinkommen ein fiktives Einkommen für die Arbeit der Selbständigen hinzurechnet und das so ermittelte Arbeitseinkommen ins Verhältnis zum Volkseinkommen setzt (vgl. auch Schaubild 2). Die gegenwärtige Rezession führt allerdings zu einer gewissen Korrektur der Entwicklung. Letztlich entscheiden die Stärke und Dauer der Rezession aber über die Nachhaltigkeit dieser Korrektur.

Grundsätzlich steigen die Gewinne relativ zu den Löhnen in Aufschwungsphasen überdurchschnittlich und nehmen in rezessiven Phasen auch stärker ab. Insoweit erklärt der wirtschaftliche Aufschwung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre einen großen Teil des Gewinnanstiegs. Darüber hinaus können Sonderfaktoren die Gewinnentwicklung beeinflusst haben: die Arbeitszeitverkürzung und die Vereinigung. Beide Faktoren waren von besonderem Gewicht für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Arbeitszeitverkürzung: Wenig Einfluß auf Lohnquote

Die Arbeitszeitverkürzungen seit Mitte der 80er Jahre waren mit moderaten Tariflohnsteigerungen verbunden und induzierten Produktivitätseffekte. Dies zusammen hatte positive Wirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik und könnte insbesondere die Gewinneinkommensbezieher begünstigt haben. Daß die Arbeitszeitverkürzungen über die induzierten Produktivitätseffekte für die Unternehmen mit Kostenvorteilen

Schaubild 2



² Die Höhe der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird freilich leicht überzeichnet, weil die Einkommensteuererstattungen an Arbeitnehmer in der Statistik vom Aufkommen an veranlagter Einkommensteuer abgezogen werden. Die Haushaltseinkommen werden darüber hinaus durch die sog. Querverteilung beeinflusst, d.h. die Selbständigen-Haushalte erhalten im Durchschnitt auch (geringe) Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Transferzahlungen. Umgekehrt fließt ein Teil der Gewinn- und Vermögenseinkommen an Haushalte anderer sozialer Gruppen.

Tabelle 1

**Stückgewinne, Lohnstückkosten und Einkommensverteilung in der Bundesrepublik
und den anderen OECD-Ländern**

		1980	1985	1990	1991
Stückgewinne ¹⁾	BRD	100	103,1	176,1	167,3
	OECD (ohne BRD)	100	127,5	168,1	172,6
	relativ ²⁾	100	80,8	104,8	96,9
Lohnstückkosten ¹⁾	BRD	100	87,8	131,0	132,7
	OECD (ohne BRD)	100	113,9	149,0	154,1
	relativ ²⁾	100	77,1	87,9	86,1
Einkommensverteilung ¹⁾³⁾	BRD	100	117,4	134,4	126,1
	OECD (ohne BRD)	100	111,9	112,8	112,0
	relativ ²⁾	100	104,9	119,1	112,6

¹⁾ In Sonderziehungsrechten (SZR). — ²⁾ BRD dividiert durch OECD, gewichtet nach Exportanteilen — analog der Berechnung der SZR. — ³⁾ Gewinne je Lohneinheit.
Quellen: SAEG, Nationalstatistiken; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

verbunden waren, zeigt sich auch an der Entwicklung der Lohnstückkosten (vgl. Tabelle 1); diese sind in der Bundesrepublik, ausgedrückt in Sonderziehungsrechten, in den 80er Jahren weniger schnell gestiegen als in den übrigen OECD-Ländern³. Dies bedeutet, daß sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Westdeutschlands sowohl in den 80er Jahren als auch Anfang der 90er Jahre günstiger entwickelt hat als im Durchschnitt der übrigen OECD-Länder. Dies mag manchen überraschen, wird doch immer wieder auf die hohen Lohnnebenkosten und die relativ kurzen Arbeitszeiten hingewiesen, um eine Belastung für den Standort Bundesrepublik zu belegen. Diese Faktoren sind aber in den Lohnstückkosten bereits berücksichtigt, was häufig übersehen wird.

Dieser Zusammenhang läßt sich auch aus Simulationsrechnungen anhand von ökonomischen Modellen stützen⁴. Dabei werden zwei hypothetische wirtschaftliche Situationen miteinander verglichen. In die Basisrechnung gehen die Arbeitszeitverkürzungen ein, die tatsächlich stattgefunden haben. Dabei wird unterstellt, daß diese zu induzierten Produktivitätssteigerungen in Höhe von 50 vH des Ausfalls an tariflicher Arbeitszeit führten. Bei dieser Annahme hätte — ceteris paribus — der Beschäftigungseffekt dann gerade 50 Prozent betragen. In den ökonomischen Simulationsrechnungen hängt der Beschäftigungseffekt allerdings von einer Vielzahl von Größen ab. Die wichtigsten sind das gesamtwirtschaftliche Wachstum, die Lohnentwicklung und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. In der Alternativrechnung wird unterstellt, daß es seit 1985 keine Verkürzungen der Wochenarbeitszeit gegeben hätte. Die tariflichen Stundenlöhne werden in dieser Alternativrechnung wie in der Basisrechnung aufgrund der Muster in der Vergangenheit ermittelt.

Vergleicht man die beiden hypothetischen wirtschaftlichen Situationen miteinander, so zeigt sich: Infolge des Rückgangs der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit um 7,1 vH (knapp 3 Stunden) wird im Modell die Zahl der Beschäftigten um über eine Million Personen erhöht, und

dies trotz der unterstellten induzierten Produktivitätseffekte (vgl. Tabelle 2). Insgesamt sind die Monatseinkommen bei der Arbeitszeitverkürzung weniger stark gestiegen als im Falle ohne Arbeitszeitverkürzung. Aufgrund dieser Konstellation von Lohn- und Produktivitätsentwicklung haben sich die Lohnstückkosten weniger stark erhöht als im Fall ohne Arbeitszeitverkürzung; entsprechend hat sich die internationale (preisliche) Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland verbessert. Dabei spielt auch eine Rolle, daß aufgrund der Flexibilisierungskomponente in den Tarifverträgen die Betriebszeiten — zumindest in den größeren Unternehmen — kostengünstiger gestaltet werden konnten⁵.

Die ökonomischen Modellsimulationen zeigen, daß die Lohnstückkostenvorteile an die inländischen und ausländischen Kunden durch Preiszugeständnisse weitergegeben wurden. Damit wurden inländische Preise und die Exportpreise berührt, weniger aber die Verteilungsrelationen. Selbst unterschiedliche Annahmen über die Höhe des induzierten Produktivitätseffekts bei Arbeitszeitverkürzungen haben in den Simulationen kaum einen Einfluß auf die Verteilungsrelationen sichtbar werden lassen.

Bei den Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung handelte es sich vielmehr um beschäftigungspolitisch sehr erfolg-

³ Vgl. dazu H. Flassbeck; K. Henkner; D. Schumacher: Internationale Vergleichbarkeit und Aussagekraft von Indikatoren zur Messung von Wettbewerbsfähigkeit. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2-92; Gefährdet die Lohnkostenentwicklung die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland? Bearb.: D. Schumacher, F. Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 11/1992.

⁴ Für diese Modellrechnungen wurde die DIW-Version des ökonomischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute verwendet.

⁵ Vgl. Arbeitszeit und Betriebszeit im verarbeitenden Gewerbe. Trends, Probleme, Strategien. Bearb.: F. Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/1988 und Zunehmende Entkoppelungsmöglichkeiten von Arbeits- und Betriebszeiten. Bearb.: F. Stille. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 35/1991.

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliche Effekte der Wochenarbeitszeitverkürzungen
Abweichungen in vH gegenüber Alternativsimulation

	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
Annahmen: Arbeitszeit	−0,8	−1,6	−2,5	−2,9	−3,7	−5,8	−7,1
Induzierte Produktivität	0,4	0,8	1,3	1,5	1,9	2,9	3,6
Erwerbstätige	0,4	0,9	1,5	1,7	2,0	2,9	3,9
Produktivität je Stunde	0,2	0,7	1,2	1,6	2,1	3,0	4,2
Bruttoinlandsprodukt, real	0,0	0,1	0,3	0,5	0,6	0,7	1,0
Priv. Verbrauch, real	0,0	0,2	0,6	0,8	0,9	1,1	1,5
Staatsverbrauch, real	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2	0,3
Anlageinvestition, real	0,0	0,1	0,4	0,7	0,9	1,1	1,4
Ausrüstungsinvestition, real	0,0	0,2	0,7	1,1	1,2	1,5	2,0
Bauinvestition, real	0,0	0,0	0,1	0,3	0,5	0,7	0,8
Exporte, real	0,0	0,1	0,3	0,6	0,7	0,9	1,2
Importe, real	0,0	0,2	0,6	1,1	1,3	1,5	1,9
Bruttosozialprodukt nominal	−0,0	−0,0	−0,1	−0,1	−0,2	−0,4	−0,6
Preisind. des Privatverbrauchs	−0,0	−0,2	−0,5	−0,8	−1,0	−1,3	−1,9
Preisind. des BSP	−0,0	−0,2	−0,4	−0,6	−0,8	−1,1	−1,6
Bruttoeinkommen der Arbeitnehmer	−0,0	−0,3	−0,3	−0,2	−0,3	−0,5	−0,6
Bruttoeinkommen der Unternehmer	−0,3	0,5	0,5	−0,0	−0,3	−0,3	−0,7
Volkseinkommen	−0,0	−0,0	−0,1	−0,1	−0,3	−0,4	−0,7
Nettoeinkommen der Unternehmer	0,4	0,6	0,5	−0,0	−0,3	−0,3	−0,8
Nettolöhne und -gehälter	−0,0	−0,0	−0,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Tariflöhne	0,0	0,0	0,1	0,5	0,8	1,0	1,4
Lohnstückkosten	−0,0	−0,4	−0,7	−0,7	−0,8	−1,2	−1,7
Realer Wechselkurs (—: Abwertung)	−0,0	−0,1	−0,3	−0,7	−0,7	−0,9	−1,3
nachrichtlich: Finanzierungssaldo Staat, Mrd. DM (—: Defizitzunahme)	−0,9	−1,7	−1,6	−1,7	−4,2	−7,9	−11,7

Quelle: DIW-Version des ökonometrischen Konjunkturmodells der Wirtschaftsforschungsinstitute.

reiche Maßnahmen. Dabei hat eine Umverteilung von Arbeit und Realeinkommen zwischen den Arbeitnehmern und arbeitslosen Erwerbspersonen stattgefunden. Hierbei wurden vom einzelnen Arbeitnehmer Einkommensteile gegen Freizeit eingetauscht, und über den Beschäftigungseffekt wurde letztlich auch der eigene Arbeitsplatz sicherer. Die in den 80er Jahren eingetretene Änderung der Verteilungsrelation ist somit im wesentlichen auf den langanhaltenden Aufschwung zurückzuführen.

Deutsche Vereinigung verlängerte Aufschwung

Die deutsche Vereinigung hat zu Beginn der 90er Jahre der westdeutschen Wirtschaft einen Boom beschert und den zu Ende gehenden konjunkturellen Aufschwung „künstlich“ verlängert. Im Zeitraum von Mitte 1990 bis Mitte 1991 betrug das Wirtschaftswachstum fast 5 vH, wovon mindestens die Hälfte dem Vereinigungsimpuls zuzuschreiben ist. Die Gewinne der Unternehmen sind noch einmal deutlich gestiegen. Folgt man den Ergebnissen, die mit dem ökonometrischen Mehr-Länder-Modell QUEST ermittelt wurden⁶, dann konnten auch die Beschäftigten in den ersten Jahren der Vereinigung zusätzliche Nominallohnzuwächse erzielen. Letztlich drückte das in Westdeutschland gestiegene Arbeitsangebot aber auf die No-

minallohnsätze, die Anhebung von Gebühren und indirekten Steuern erhöhten das Preisniveau, und die höheren Beitragssätze zur Sozialversicherung sowie die — befristet eingeführte — Solidaritätsabgabe reduzierten das Realeinkommen der Arbeitnehmer-Haushalte. Gemäß den Modellergebnissen resultieren die negativen Verteilungseffekte der deutschen Vereinigung aber nicht aus einer Verschiebung der Lohnquote — sie ist vereinigungsbedingt sogar leicht gestiegen —, sondern aus der ungleichen Abgaben- und Steuerbelastung im Zuge der deutschen Vereinigung⁷.

Einflüsse von Finanz- und Sozialpolitik

Kontraktive Einflüsse sind in den 80er Jahren von der Finanzpolitik ausgegangen. Sie war durch das Bemühen gekennzeichnet, die gesamtwirtschaftliche Steuerquote spürbar zu senken. Nach dem Regierungswechsel im

⁶ Vgl. Vereinigung wirkt positiv auf Weltwirtschaft, Ergebnisse einer ökonometrischen Simulationsstudie. Bearb.: G.A. Horn und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 32/1991.

⁷ Vgl. Steuerentlastung 1986/90 und Steuerbelastung 1991: Umverteilung der Einkommen von unten nach oben. Bearb.: D. Teichmann und R. Zwiener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 14/1991.

Tabelle 3

**Steuerbelastung der Lohnsteuerpflichtigen im Jahre 1992
nach dem Steuerrecht 1983 und 1992**

Einkommen von ... DM bis ... DM	je Lohnsteuerpflichtigen						
	Einkommen		Lohnsteuer nach Recht		Lohnsteuerquote nach Recht		Differenzen 1992/1983
			1983	1992	1983	1992	
	in DM			vH			DM vH
1 — 2 400	1 213	0	0	0,0	0,0	0	0,0
2 400 — 4 800	3 626	5	4	0,1	0,1	—1	20,0
4 800 — 7 200	6 032	8	6	0,1	0,1	—2	25,0
7 200 — 9 600	8 434	162	8	1,9	0,1	—154	95,1
9 600 — 12 000	10 834	487	177	4,5	1,6	—310	63,7
12 000 — 16 000	14 059	959	542	6,8	3,9	—417	43,5
16 000 — 20 000	18 059	1 695	1 021	9,4	5,7	—674	39,8
20 000 — 25 000	22 567	2 515	1 623	11,1	7,2	—892	35,5
25 000 — 30 000	27 556	3 518	2 466	12,8	8,9	—1 052	29,9
30 000 — 36 000	33 051	4 829	3 465	14,6	10,5	—1 364	28,2
36 000 — 40 000	38 026	6 139	4 348	16,1	11,4	—1 791	29,2
40 000 — 45 000	42 517	7 260	5 058	17,1	11,9	—2 202	30,3
45 000 — 50 000	47 508	8 507	5 966	17,9	12,6	—2 541	29,9
50 000 — 55 000	52 508	9 745	6 874	18,6	13,1	—2 871	29,5
55 000 — 60 000	57 505	10 993	7 826	19,1	13,6	—3 167	28,8
60 000 — 65 000	62 498	12 258	8 896	19,6	14,2	—3 362	27,4
65 000 — 70 000	67 492	13 572	9 999	20,1	14,8	—3 573	26,3
70 000 — 75 000	72 485	14 982	11 092	20,7	15,3	—3 890	26,0
75 000 — 80 000	77 480	16 677	12 298	21,5	15,9	—4 379	26,3
80 000 — 85 000	82 478	18 352	13 549	22,3	16,4	—4 803	26,2
85 000 — 90 000	87 476	20 449	14 960	23,4	17,1	—5 489	26,8
90 000 — 95 000	92 473	22 406	16 323	24,2	17,7	—6 083	27,1
95 000 — 100 000	97 469	24 514	17 781	25,2	18,2	—6 733	27,5
100 000 — 150 000	124 350	36 732	26 284	29,5	21,1	—10 448	28,4
150 000 — 200 000	173 991	62 188	44 942	35,7	25,8	—17 246	27,7
200 000 — 250 000	223 625	89 095	67 454	39,8	30,2	—21 641	24,3
250 000 — 300 000	273 255	116 664	91 460	42,7	33,5	—25 204	21,6
300 000 — 350 000	322 882	144 632	118 725	44,8	36,8	—25 907	17,9
350 000 — 400 000	372 509	172 396	144 114	46,3	38,7	—28 282	16,4
400 000 — 450 000	422 140	200 314	169 893	47,5	40,2	—30 421	15,2
450 000 — 500 000	471 774	228 326	196 051	48,4	41,6	—32 275	14,1
500 000 — und mehr	710 000	362 341	322 435	51,0	45,4	—39 906	11,0
Insgesamt	49 895	11 071	8 038	22,2	16,1	—3 033	27,4

* Quelle: DIW-Lohnsteuermodell.

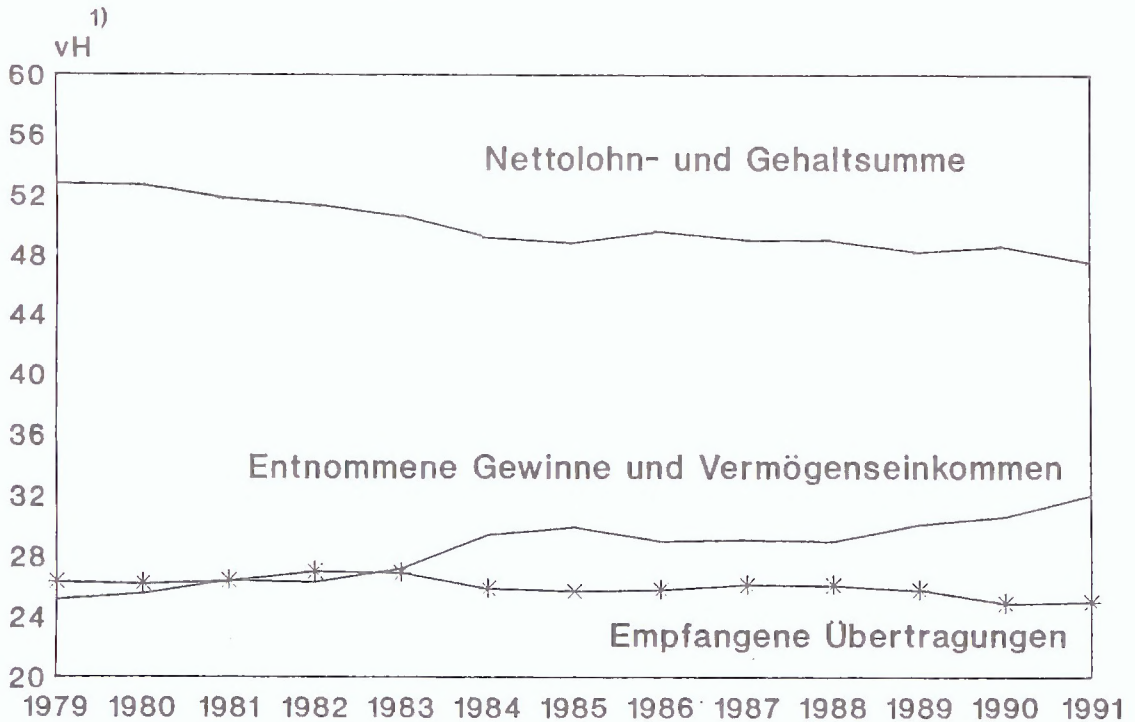
Jahre 1982 wurde in der Steuerpolitik ein weitgehend angebotsorientierter Kurs gefahren, wie an zahlreichen Steuerrechtsänderungen zugunsten der gewerblichen Wirtschaft zu sehen ist. Zur Finanzierung der Steuerprogramme wurden vor allem die privaten Haushalte über die Erhöhung von Verbrauchsteuern und der Mehrwertsteuer herangezogen. Erst von 1986 an sind dann auch die privaten Haushalte im Rahmen der dreistufigen Steuerreform 1986/88/90 spürbar entlastet worden. Zwar hat diese Reform die Haushalte relativ gleich begünstigt, wie die Berechnungen der Entlastungswirkung bei den Lohnsteuerpflichtigen zeigen (vgl. Tabelle 3). Im Bereich 25 000 DM bis 200 000 DM Jahreseinkommen mußten 25 bis 30 vH weniger Steuern gezahlt werden. Bei den Einkommen bis 20 000 DM war zwar der relative Entlastungseffekt höher, doch sind es hier nur geringe absolute Beträge. Bei Jahres-

einkommen über 200 000 DM sinken die relativen Entlastungsquoten, dies allerdings bei sehr hohen und weiter steigenden absoluten Entlastungen. Betrachtet man die Gesamtsteuerbelastung, dann ändert sich das Verteilungsbild, wurden doch die Haushalte mit geringerem Einkommen von den höheren Verbrauchsteuern stärker getroffen.

Nachdem die Unternehmen in der ersten Hälfte der 80er Jahre entlastet worden waren, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die mittleren und höheren Einkommensgruppen überdurchschnittlich begünstigt wurden, hatten zu Beginn der 90er Jahre die unteren Einkommensgruppen den Großteil der Last — relativ zu ihrem Einkommen — zu tragen. So wurden zur Finanzierung der „Kosten“ der deutschen Vereinigung weitere indirekte Steuern und Abgaben erhöht. Mit Ausnahme des befristet

Schaubild 3

Komponenten des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte



1) des verfügbaren Einkommens.

DIW 93

eingeführten Solidarzuschlags gingen von diesen steuerpolitischen Maßnahmen im Saldo regressive Verteilungswirkungen aus. Einkommen aus Geldvermögen werden durch die Gewährung hoher Freibeträge nur noch gering besteuert, Einkommen aus Realvermögen durch Zugrundelegung unzeitgemäßer Einheitswerte steuerpolitisch stark begünstigt.

Untersucht man den Einfluß der Sozialversicherung auf die Einkommensverteilung, so haben die empfangenen Übertragungen der privaten Haushalte mit durchschnittlich 4,7 vH im Zeitraum 1979 bis 1991 zwar nur unterdurchschnittlich zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte beigetragen, da dieses mit jahresdurchschnittlich 5,2 vH stieg, der Zuwachs der Nettolohn- und -gehaltsumme (4,3 vH) wurde aber deutlich übertroffen (vgl. auch Schaubild 3). Aufgrund der Beitragsatzsteigerungen im gleichen Zeitraum (von 16,1 vH auf 18,35 vH) nahmen die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer (mit jahresdurchschnittlich 6 vH) stärker zu als die Bruttolohn- und -gehaltsumme (4,9 vH). Mit der Einführung der Eigenbeteiligung der

Rentner an den Beiträgen zur Krankenversicherung wurde dem angestrebten — und 1992 wirksam gewordenen — Nettoanpassungsverfahren der Renten vorgegriffen.

Im Rahmen der deutschen Vereinigung wurden zur Deckung der Kosten der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung stark angehoben. Nach vorsichtiger Schätzung haben die westdeutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber 1991 rund 20 Mrd. DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern allein durch die Beitragsatzsteigerung ausgegeben. Darüber hinaus wurde die gesetzliche Krankenversicherung entlastet, indem Leistungen ausgelagert wurden und nun von den privaten Haushalten aus ihrem verfügbaren Einkommen zu bezahlen sind. Diese Lösung, die die verfügbaren Einkommen der in der gesetzlichen Krankenversicherung Versicherten zusätzlich belastet, ist letztlich auch Ausdruck dafür, daß sich die Gesellschaft ein immer kostspieligeres Gesundheitswesen leistet — eine Entwicklung, auf die der einzelne Beitragszahler so gut wie keinen Einfluß hat, an der aber bestimmte Gruppen

(Ärzte, Apotheker, Pharmaindustrie) bis in die jüngste Vergangenheit sehr gut verdienten.

Ausblick

Angesichts von derzeit 3½ Millionen Arbeitslosen, über einer Million Personen in Kurzarbeit und über einer Million Personen in ABM und beruflicher Weiterbildung muß die Wirtschaftspolitik alles tun, um Deutschland aus der gegenwärtigen Rezession auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen. Anhaltende Verteilungskonflikte kann sich das Land in den nächsten Jahren nicht leisten. Die gegenwärtige Ausgangslage, geringe reale Einkommenszuwächse oder sogar Einkommensverluste der Arbeitnehmerhaushalte im Westen und der Anspruch der Bevölkerung Ostdeutschlands auf ein möglichst rasches Aufschließen zum westdeutschen Niveau, engen den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik stark ein. Die steigenden Ansprüche

des Staates an das Sozialprodukt zur Entwicklung und Umstrukturierung Ostdeutschlands mußten zwangsläufig zu einer mittelfristigen Anhebung der Steuer- und Abgabenlast führen. Der Ansatz des „Solidarpakts“, möglichst einen Konsens aller großen Gruppen zu erzielen, war richtig. Er war aber kein wirklich solidarischer Pakt, weil er nach wie vor bestimmte Gruppen, insbesondere die Beamten und Selbständigen, begünstigte.

Zieht man Lehren aus der Einkommensentwicklung im letzten Jahrzehnt, dann sind Schwankungen der Lohn- bzw. Gewinnquoten zu einem großen Teil Ausdruck konjunktureller Entwicklungen. In den 80er Jahren hat die Finanzpolitik aber die Einkommen über die marktmäßige Entwicklung hinaus zugunsten der Unternehmen bzw. der Gewinneinkommensbezieher umverteilt. Dies wurde begründet mit der Notwendigkeit, angebotsseitig die Bedingungen für Investitionen in Westdeutschland zu verbessern. Dafür, daß dies erfolgreich war, gibt es keine Belege.

Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1993

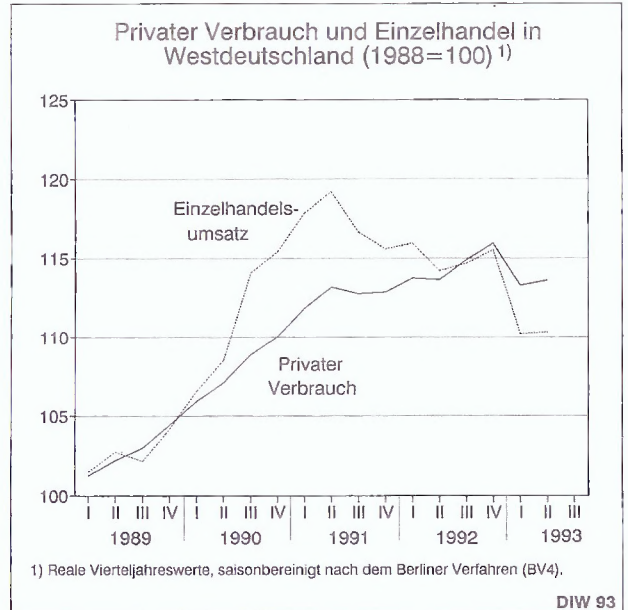
Westdeutschland: Konsumnachfrage im Sog der konjunkturellen Abkühlung¹

Die seit Mitte 1992 zu beobachtende Verschlechterung des Konsumklimas hat nun auch bei der Verbrauchsnachfrage Spuren hinterlassen. Hatten zunächst noch Sonderinflüsse einen Rückgang des Verbrauchs verhindert — dies waren vor allem vorgezogene Käufe im Zusammenhang mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes und dem Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes zu Beginn dieses Jahres —, so war der Nachfrageeinbruch im ersten Viertel dieses Jahres um so stärker, wie der reale Rückgang um fast 2½ vH deutlich macht. Zwar setzte sich im zweiten Quartal die Talfahrt nicht fort, doch angesichts der spürbaren Verluste zum Jahresanfang ist das leichte Plus der — von Saisoneinflüssen und Preissteigerungen bereinigten — Konsumnachfrage von knapp ½ vH kaum als Erholung zu werten. Der Vorjahresvergleich fällt wie schon im ersten Jahresviertel negativ aus; für das erste Halbjahr 1993 insgesamt errechnet sich ein reales Minus von ½ vH.

Bei etwas abgeschwächter Verteuerung der Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs expandierten die Konsumausgaben im Berichtsquartal um gut 1 vH. Damit wurde der von der Entwicklung der verfügbaren Einkommen vorgezeichnete Rahmen überschritten; von den Mehreinkommen wurde ein geringerer Teil als im Vorquartal zur Ersparnisbildung verwendet.

Eine differenzierte Betrachtung der Preisentwicklung weist auf ganz unterschiedliche Tendenzen hin. Während sich die schwache Konjunktur nun auch in einer deutlichen Verlangsamung des Preisanstiegs bei Ge- und Verbrauchsgütern widerspiegelt — Vorjahresabstand zuletzt nur noch gut 2 vH —, ist der Preisauftrieb bei Wohnungsmieten und Dienstleistungen ungebrochen. In diesen wettbewerbsarmen Bereichen ist der „normale“ Mechanismus — in einem konjunkturellen Abschwung wird in der Regel der Überwälzungsspielraum eingeengt und damit die Durchsetzung von Preiserhöhungen erschwert — offensichtlich außer Kraft gesetzt. Daran waren — zumindest in letzter Zeit — auch der Staat und öffentliche Betriebe mit ihrer Gestaltung von Gebühren und Beiträgen nicht unerheblich beteiligt, dokumentiert durch die kräftige Anhebung einiger Preise bei Bahn und Post sowie von kommunalen Gebühren (z.B. Müllabfuhr, Gebühren für Wasser und Abwasserbeseitigung).

Die Entwicklung des Einzelhandelsumsatzes, zu Jahresbeginn wegen der Vorzieheffekte deutlich schwächer als die der gesamten Konsumnachfrage, war im Berichtszeitraum wieder gleichgerichtet. Die reale Stagnation bedeutet angesichts des markanten Rückgangs im ersten Jahresviertel jedoch keine Erholung; das entsprechende Vorjahresergebnis wurde erneut merklich unterschritten (–3½ vH).



Inzwischen hat sich auch die Schere, die sich Ende 1989 — nach der Öffnung der innerdeutschen Grenze — in der Entwicklung von Einzelhandelsumsatz und privatem Verbrauch aufgetan hatte, wieder geschlossen (Schaubild). Zum einen haben die Käufe ostdeutscher Konsumenten beim westdeutschen Einzelhandel, die in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum privaten Verbrauch Westdeutschlands zählen, nach und nach an Bedeutung verloren. Zum anderen hat der konjunkturelle Abschwung den Einzelhandel härter getroffen als andere Nachfragebereiche des privaten Verbrauchs wie Wohnungen oder Dienstleistungen, die aufgrund ihrer geringeren Konjunkturreaktivität die insgesamt schwache Konsumententwicklung etwas stabilisierten.

Bedarfsbereiche²

Untersuchungen zur Erklärung von Konjunkturschwankungen haben gezeigt, daß sich der private Verbrauch insgesamt etwa parallel — allenfalls mit einem Lag von einem Vierteljahr — zur gesamtwirtschaftlichen Nachfrage entwickelt, aber weniger stark schwankt. Bei einer Differenzierung der Nachfrage nach der Dauerhaftigkeit der Güter werden aber erhebliche Entwicklungsunterschiede sichtbar. Dabei hat sich die Nachfrage nach langlebigen Kon-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht — soweit nicht anders gekennzeichnet — vierteljährliche saisonbereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV4) vorgenommen. Die realen Werte wurden an die neue Preisbasis der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (1991) angepaßt.

² Die Ausgaben der privaten Haushalte in den einzelnen Bedarfsbereichen sind nach dem Inlandskonzept ausgewiesen. Dies bedeutet, daß hier — anders als beim privaten Verbrauch insgesamt — auch die Käufe ostdeutscher Verbraucher enthalten sind.

Der private Verbrauch in Westdeutschland

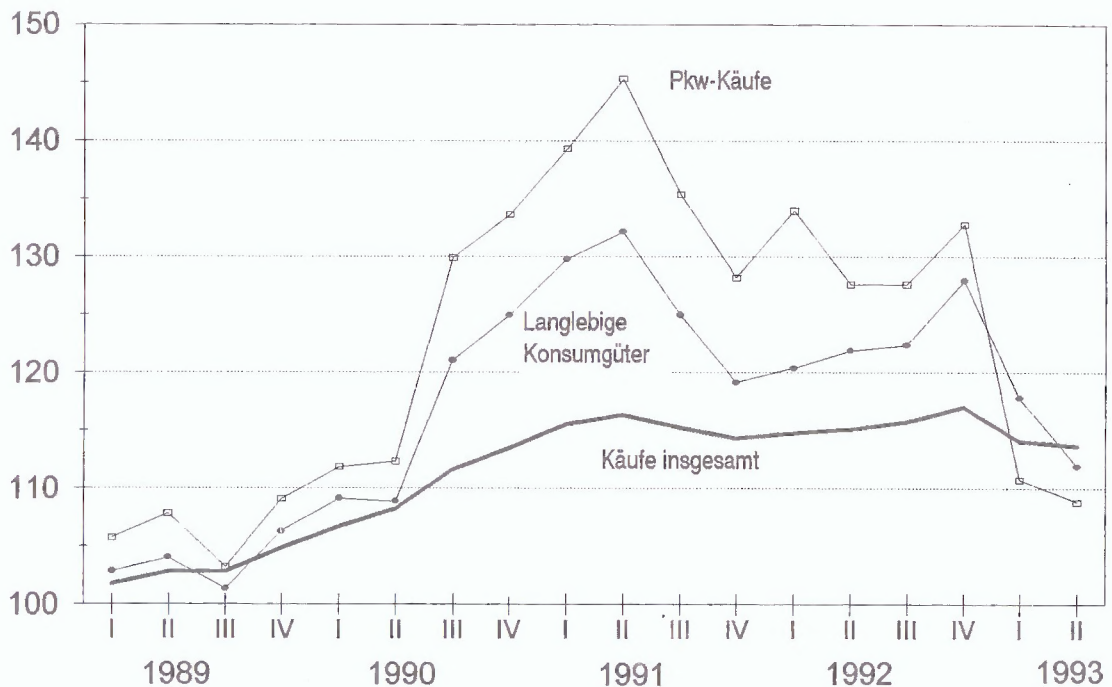
Verwendungszwecke	Ursprungswerte								Saisonbereinigte Werte ⁷⁾			
	1992		1993	1992		1993		1992		1993		
	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	III	IV	I	II	III	IV	I	II	
Mrd. DM zu jeweiligen Preisen												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	145,40	154,69	145,85	75,13	79,56	69,82	76,03	74,7	75,1	74,8	75,7	
Kleidung, Schuhe	52,78	62,23	53,99	26,67	35,56	26,47	27,52	28,7	29,3	29,0	29,3	
Wohnungsmieten ²⁾	122,88	128,56	134,22	63,54	65,02	66,44	67,78	63,5	65,0	66,4	67,7	
Haushaltsenergie ³⁾	30,83	26,62	31,54	10,39	16,23	19,34	12,20	15,1	14,3	14,8	14,3	
Haushaltsführung	63,73	72,88	65,29	32,14	40,74	32,09	33,20	34,0	35,3	34,3	34,6	
Gesundheits- und Körperpflege	37,91	40,42	38,21	19,11	21,31	18,54	19,67	19,5	20,0	19,4	19,7	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	133,79	126,97	128,90	62,46	64,51	60,93	67,97	64,7	66,5	62,4	62,4	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	73,20	80,91	74,45	36,78	44,13	37,32	37,13	38,6	39,5	38,6	38,8	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	51,68	57,08	55,02	28,13	28,95	26,66	28,36	27,3	27,9	28,1	28,7	
Privater Verbrauch ⁵⁾	729,93	780,10	752,38	371,26	408,84	369,33	383,05	379,1	386,2	381,4	385,9	
Veränderung in vH gegenüber												
	Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	1,9	0,1	0,3	-0,2	0,3	-0,2	0,8	-0,9	0,6	-0,3	1,1	
Kleidung, Schuhe	1,8	2,5	2,3	1,6	3,2	2,1	2,5	0,2	2,0	-0,9	1,0	
Wohnungsmieten ²⁾	9,2	9,5	9,2	9,4	9,6	9,4	9,0	2,3	2,3	2,1	2,0	
Haushaltsenergie ³⁾	-5,4	3,5	2,3	15,1	-2,7	2,9	1,4	8,7	-5,2	3,7	-3,8	
Haushaltsführung	4,0	5,5	2,5	3,3	7,3	2,0	2,9	1,3	3,6	-2,7	0,9	
Gesundheits- und Körperpflege	7,1	6,0	0,8	4,8	7,1	0,4	1,2	0,3	2,4	-3,1	1,5	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,7	4,6	-3,7	1,7	7,6	-4,3	-3,1	0,0	2,8	-6,1	0,0	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	5,2	5,9	1,7	5,1	6,7	1,8	1,6	1,3	2,3	-2,2	0,4	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	8,5	6,8	6,5	6,3	7,3	6,2	6,7	1,6	2,2	0,6	2,1	
Privater Verbrauch ⁵⁾	5,4	6,0	3,1	5,5	6,5	2,9	3,3	1,5	1,9	-1,2	1,2	
Mrd. DM zu Preisen von 1991												
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	140,72	150,00	138,08	73,23	76,77	66,14	71,94	72,1	72,2	71,5	72,0	
Kleidung, Schuhe	51,57	60,16	51,26	26,10	34,06	25,18	26,08	27,8	28,0	27,8	27,8	
Wohnungsmieten ²⁾	118,17	119,65	121,53	59,73	59,92	60,53	61,00	59,7	60,0	60,5	60,9	
Haushaltsenergie ³⁾	30,68	26,65	30,81	10,66	15,99	18,81	12,00	15,1	14,2	14,5	14,0	
Haushaltsführung	62,06	70,24	61,66	31,31	38,93	30,41	31,25	32,9	33,7	32,7	32,7	
Gesundheits- und Körperpflege	36,84	38,84	35,81	18,51	20,33	17,47	18,34	18,8	19,1	18,3	18,4	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	128,96	121,42	119,46	60,23	61,19	56,66	62,80	62,3	63,5	58,0	57,3	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	70,59	77,85	69,99	35,75	42,10	35,09	34,90	37,1	37,5	36,7	36,6	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	48,84	52,54	48,58	26,10	26,44	23,73	24,85	25,3	25,4	25,2	25,3	
Privater Verbrauch ⁵⁾	705,40	746,68	701,97	357,67	389,01	345,51	356,46	363,7	367,1	358,5	359,7	
Veränderung in vH gegenüber												
	Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	-1,9	-2,5	-1,9	-3,0	-2,0	-2,6	-1,2	-1,2	0,1	-0,9	0,7	
Kleidung, Schuhe	-1,0	-0,5	-0,6	-1,9	-0,1	-0,7	-0,5	-0,4	0,7	-1,0	0,2	
Wohnungsmieten ²⁾	3,7	3,2	2,8	3,5	2,9	2,9	2,8	0,7	0,5	0,8	0,7	
Haushaltsenergie ³⁾	-6,0	3,9	0,4	16,4	-3,0	0,6	0,2	10,5	-5,9	2,0	-3,5	
Haushaltsführung	0,6	2,3	-0,6	0,3	4,0	-0,9	-0,4	0,7	2,4	-3,0	-0,1	
Gesundheits- und Körperpflege	2,9	2,9	-2,8	1,6	4,2	-3,0	-2,6	-0,3	1,5	-4,2	0,2	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-3,6	3,0	-7,4	0,1	6,0	-8,1	-6,7	1,2	1,8	-8,6	-1,1	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1,3	2,0	-0,8	1,3	2,6	-0,7	-1,0	0,6	1,1	-2,0	-0,4	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	0,9	-0,2	-0,5	-0,4	0,1	-1,1	0,0	0,2	0,2	-0,8	0,4	
Privater Verbrauch ⁵⁾	0,7	2,6	-0,5	1,9	3,1	-0,8	-0,1	1,1	0,9	-2,3	0,3	
Preisentwicklung ⁶⁾ : Veränderung in vH gegenüber												
	Vorjahr						Vorquartal					
Nahrungs- und Genußmittel ¹⁾	3,9	2,6	2,2	2,9	2,4	2,5	1,9	0,2	0,5	0,8	0,3	
Kleidung, Schuhe	2,9	3,0	2,9	2,8	3,1	2,8	3,0	0,7	0,8	0,7	0,8	
Wohnungsmieten ²⁾	5,3	6,1	6,2	5,7	6,5	6,3	6,0	1,5	1,8	1,3	1,3	
Haushaltsenergie ³⁾	0,7	-0,4	1,7	-1,2	0,3	2,2	1,0	-1,7	0,8	1,4	0,1	
Haushaltsführung	3,4	3,1	3,1	3,0	3,2	2,9	3,3	0,7	0,9	0,7	0,9	
Gesundheits- und Körperpflege	4,1	3,0	3,7	3,1	2,8	3,5	3,9	0,6	0,8	1,3	1,1	
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	6,5	1,6	3,9	1,6	1,5	4,1	3,8	-0,8	1,0	2,6	0,8	
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	3,8	3,9	2,6	3,7	4,0	2,5	2,6	0,7	0,9	0,2	0,7	
Persönliche Ausstattung, Sonstiges ⁴⁾	7,6	7,0	7,0	6,8	7,2	7,4	6,7	1,2	1,9	1,9	1,4	
Privater Verbrauch ⁵⁾	4,7	3,4	3,6	3,5	3,2	3,8	3,4	0,4	0,8	1,3	0,8	

¹⁾ Einschließlich Verzehr in Gaststätten. — ²⁾ Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen. — ³⁾ Elektrizität, Gas, Brennstoffe. — ⁴⁾ Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes, der Banken, der Versicherungen u. a. — ⁵⁾ Der private Verbrauch setzt sich zusammen aus den nach Verwendungszwecken unterteilten Käufen der privaten Haushalte im Inland (Inlandskonzept der VGR), dem Eigenverbrauch der Organisationen ohne Erwerbszweck und dem sogenannten Reisesaldo, d. h. dem privaten Verbrauch von Inländern in der übrigen Welt abzüglich des privaten Verbrauchs von Gebietsfremden im Inland, zu dem auch die Käufe von ostdeutschen privaten Haushalten gerechnet werden. — ⁶⁾ Auf der Basis 1991 = 100. Preisentwicklung nach VGR. — ⁷⁾ Nach dem Berliner Verfahren (BV4). Die absoluten Werte wurden gerundet.

Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des DIW. Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Käufe der privaten Haushalte nach Dauerhaftigkeit der Güter

Reale saisonbereinigte Vierteljahreswerte (1988=100)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW 93

sumgütern als besonders konjunktur reagibel erwiesen³. Eine Unterscheidung nach den Hauptverwendungszwecken zeigt, daß die starken zyklischen Bewegungen bei der Nachfrage nach solchen Gütern in erster Linie dem Bereich *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* — und hier den Käufen von Personenkraftwagen — zuzuschreiben sind.

Auch im gegenwärtigen Konjunkturzyklus ist ein derartiges Verlaufsmuster zu beobachten (Schaubild). Bei der Nachfrage nach Personenkraftwagen traten schon im ersten Jahr des Abschwungs (1991) Schwächetendenzen zutage, die nach dem vorangegangenen Boom allerdings eher als Normalisierung anzusehen waren. Der scharfe Einschnitt bei den Pkw-Zulassungen im ersten Viertel dieses Jahres (-20 vH gegenüber dem Vorquartal) war durch Vorzieheffekte überzeichnet; vor diesem Hintergrund ist der Rückgang im Berichtszeitraum von 7 vH um so gravierender zu sehen. Mittlerweile liegen die Zulassungen um ein Fünftel unter dem Niveau vom Vorjahr und damit auf einem Stand wie in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Für den Verwendungszweck *Verkehr und Nachrichtenübermittlung* insgesamt ergaben sich dadurch spürbare Nachfrageeinbußen. Dem realen Minus von $8\frac{1}{2}$ vH im ersten Quartal folgte nun ein weiterer Rückgang von 1 vH; das Ergebnis für das erste Halbjahr 1993 blieb

damit um $7\frac{1}{2}$ vH unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Gleichgerichtet war die Nachfrageentwicklung in zwei anderen Verwendungszwecken, bei denen langlebige Konsumgüter ebenfalls eine wichtige Rolle spielen:

- Bei *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* sind dies u.a. Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnische Geräte. Auch bei ihnen geriet die Nachfrage schon im vergangenen Jahr ins Stocken. Die entsprechende Einzelhandelsbranche setzte sowohl im ersten ($-4\frac{1}{2}$ vH) als auch im zweiten Quartal ($-\frac{1}{2}$ vH) real weniger ab als jeweils im Quartal zuvor. Das Umsatzniveau ist inzwischen — sowohl nominal als auch real — auf den Stand von Anfang 1990 zurückgefallen. Die Bilanz für den Verwendungszweck insgesamt ist auch negativ: Aus dem realen Rückgang von $\frac{1}{2}$ vH im zweiten Jahresviertel errechnet sich im Vorjahresvergleich ein Minus von 1 vH.
- Noch vergleichsweise günstig schnitt bisher der Verwendungszweck *Haushaltsführung* ab; bei realer Stagnation der Nachfrage im Berichtsquartal wurde das

³ Vgl. J. Schmidt: Die Konsumnachfrage im Konjunkturverlauf unter dem Aspekt der Dauerhaftigkeit der Güter. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW, Heft 4/1990, S. 310 ff.

Ergebnis vom Vorjahr nur um ½ vH verfehlt. Auf die konjunkturelle Abkühlung reagierte die Nachfrage nach den hier enthaltenen dauerhaften Konsumgütern (Möbel, Waschmaschinen, Kühlschränke u.a.) etwas später als in anderen Bedarfsbereichen. Zu Beginn dieses Jahres kam es zu einem spürbaren Rückgang, der sich aber im zweiten Quartal nicht fortsetzte. Beim Absatz von Möbeln ist trotz der jüngsten Schwäche das reale Nachfrageniveau noch immer so hoch, daß sich im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von fast 3 vH errechnet.

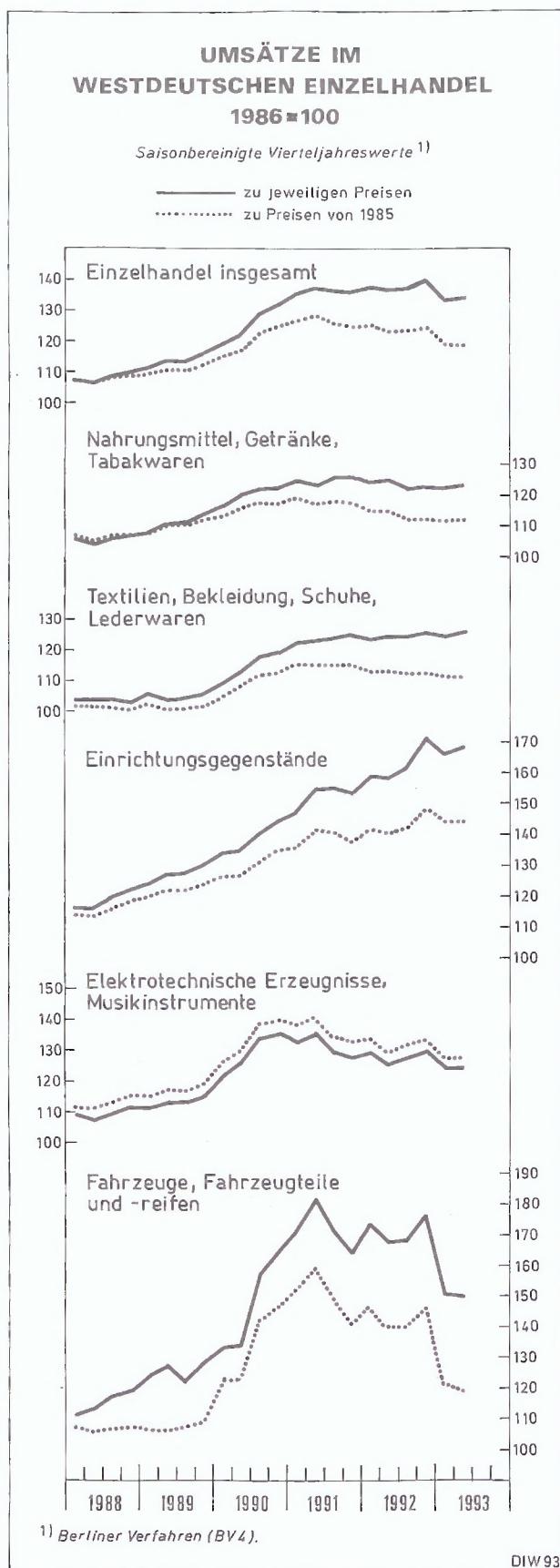
Der beträchtliche Rückgang der Nachfrage nach Gütern der *Körper- und Gesundheitspflege* im Jahresanfangs- und vierteljahr von real mehr als 4 vH war nicht konjunkturell bedingt; er ist vielmehr auf die durch das — zu Jahresbeginn in Kraft getretene — Gesundheitsstrukturgesetz vorgegebenen Sparmaßnahmen zurückzuführen. Im Berichtszeitraum verharrte die Nachfrage auf dem Niveau vom Vorquartal; für das erste Halbjahr 1993 ergibt sich so ein realer Nachfrageausfall von fast 3 vH. Deutlich zu spüren bekam dies vor allem der Einzelhandel mit pharmazeutischen und medizinischen Erzeugnissen; hier war im gleichen Zeitraum das reale Absatzminus mehr als doppelt so groß (6½ vH).

Mehr als ein Fünftel der Konsumausgaben entfällt auf *Nahrungs- und Genußmittel*; insofern hat dieses Aggregat einen gewichtigen Einfluß auf die Verbrauchsentwicklung insgesamt. In den ersten beiden Vierteln dieses Jahres war hier der Nachfrageverlauf etwas günstiger als im Durchschnitt der gesamten Konsumnachfrage, d.h. geringerer Rückgang im ersten sowie stärkere Zunahme im zweiten Quartal. Aufgrund der durchgängig schwachen Entwicklung im letzten Jahr ist das Ausgabenniveau deutlich gesunken; auch mit der jüngsten Steigerung konnte die Lücke zum Vorjahr — in preisbereinigter Betrachtung gut 1 vH nach 2½ vH im ersten Quartal — lediglich vermindert werden. Ähnlich war die Situation bei *Kleidung und Schuhen*. Die seit Anfang 1992 tendenziell schwache Nachfrage hat sich noch nicht stabilisiert, und auch hier ist in realer Rechnung das Vorjahresniveau bisher nicht ganz erreicht worden.

Da die Ausgaben für *Wohnungsmieten* kaum von konjunkturellen Schwankungen tangiert werden — die laufende Zuwachsrate beträgt seit langem 3 bis 3½ vH (real auf Jahresbasis) —, dämpfen sie die zyklischen Ausschläge des privaten Verbrauchs. Während sie im Boomjahr 1990 deutlich hinter der Expansion aller anderen Nachfragebereiche zurückblieben, stehen sie in der gegenwärtigen rezessiven Phase an der Spitze und verhindern ein stärkeres Abgleiten des privaten Verbrauchs.

Ausblick

Die gedämpfte Entwicklung der Verbrauchsnachfrage wird sich zunächst fortsetzen; Impulse, die zu einer Belebung führen könnten, sind nicht auszumachen. Vor allem



die schlechte Arbeitsmarktlage stimmt wenig optimistisch. Der Konsumklima-Index⁴ — Indikator für die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte — ist weiter rückläufig. Skeptisch äußerten sich die Konsumenten hinsichtlich der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, aber auch zu ihrer eigenen finanziellen Situation; die Bereitschaft zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter verringerte sich deutlich.

Das inzwischen etwas ruhigere Preisklima — das Tempo des Preisauftriebs hat sich auf 2,5 vH (Jahresrate) abgeflacht — dürfte die Konsumneigung kaum stimulieren; angesichts der mäßigen Einkommensentwicklung gibt es real keine Einkommensverbesserungen. Auch sind die privaten Haushalte bei unsicheren Zukunftserwartungen nicht gewillt, sich für Konsumzwecke stärker zu verschulden. Die Bereitschaft zur Kreditaufnahme ist seit dem letzten Jahr zunehmend schwächer geworden; die für 1993 insgesamt erwartete Steigerung bei den Konsumentenkrediten von etwa 5 vH wäre der geringste Zuwachs seit 1981.

Etwas weniger pessimistisch waren zuletzt die Geschäftserwartungen des Einzelhandels für die nächsten Monate; die nach oben korrigierten Orderpläne erreichten aber noch nicht wieder das Niveau vom Vorjahr. Die Ergebnisse der jüngsten Konsumgütermessen könnten insgesamt Anlaß zur Hoffnung auf eine Stabilisierung der Verbrauchsnachfrage geben.

Stellt man jedoch die überwiegend ungünstigen Rahmenbedingungen in Rechnung, ist in den kommenden Monaten eine spürbare Belebung der Konsumnachfrage nicht zu erwarten. Ob in der zweiten Hälfte dieses Jahres wenigstens das Vorjahresniveau — real gesehen — erreicht wird, ist höchst fraglich. Dazu müßte der private Verbrauch in beiden Quartalen um jeweils gut 1 vH zunehmen. Aber auch auf etwas längere Sicht sind die Perspektiven recht ungewiß. Angesichts der von der Bundesregierung für das nächste Jahr geplanten Sparmaßnahmen ist eine durchgreifende Besserung der Verbrauchskonjunktur unwahrscheinlich.

Ostdeutschland: Schwächere Einkommensentwicklung dämpft Verbrauchsnachfrage

Die verlangsamte Einkommensentwicklung in Ostdeutschland hat die Expansion der Konsumausgaben spürbar gebremst. Rückläufige Beschäftigung und die Kürzung bzw. das Verschieben tariflich vereinbarter Lohn-erhöhungen führten zu einem saisonbereinigten Rück-

gang der Lohn- und Gehaltssumme. Die verfügbaren Einkommen insgesamt übertrafen das Vorjahresniveau nach 15 vH im ersten Quartal jetzt nur noch um 10 vH⁵. Da die Sparquote etwa gleich blieb, wirkte sich dies entsprechend auf die Entwicklung der Ausgaben für den privaten Verbrauch aus: Der im Vorjahresvergleich geringere Anstieg bedeutet gegenüber dem Vorquartal in saisonbereinigter Betrachtung eine leichte Abnahme.

Beim Preisindex des privaten Verbrauchs veränderte sich der Abstand zum Vorjahr kaum, er lag erneut bei gut 8 vH. Die im Vergleich zu Westdeutschland weit kräftigere Verteuerung ist vor allem eine Folge der zweiten Mietanpassung zu Beginn dieses Jahres. Aber auch in anderen Bereichen war ein stärkerer Preisauftrieb als in den alten Bundesländern zu beobachten, in erster Linie bei Dienstleistungen. So kosteten Friseurleistungen rund 13 vH mehr als ein Jahr zuvor; für Dienstleistungen der *Bildung, Unterhaltung, Freizeit* war etwa ein Zehntel mehr aufzuwenden und für fremde Verkehrsleistungen — hier insbesondere im öffentlichen Nahverkehr — sogar ein Fünftel. Dies alles ist Ausdruck der schrittweisen Anpassung an das westdeutsche Niveau.

Für den realen privaten Verbrauch errechnet sich bei dieser Preisentwicklung auch ein schwächerer Anstieg als im Vorquartal; der Zuwachs von rund 3 vH gegenüber dem zweiten Jahresviertel 1992 — nach 6½ vH im ersten — entspricht saisonbereinigt einem Rückgang von etwa 1 vH. Bei dieser Abschwächung spielte wie in Westdeutschland der kräftige Rückgang bei Käufen von Personenkraftwagen eine wesentliche Rolle. Allerdings war das Minus bei den Neuzulassungen (14 vH im Vorjahresvergleich) nicht ganz so stark wie in Westdeutschland (20 vH).

Auch in der nahen Zukunft sind bei der erwarteten mäßigen Einkommensexpansion Realeinkommensverluste hinzunehmen; damit ist zunächst keine Besserung der Verbrauchskonjunktur zu erwarten. Im Einklang damit stehen die eher skeptischen Geschäftserwartungen der ostdeutschen Einzelhandelsfirmen für die nächsten sechs Monate; viele von ihnen planen, die Ordertätigkeit im Vergleich zum Vorjahr einzuschränken.

⁴ Berechnet von der Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung (Nürnberg) im Auftrag der EG-Kommission.

⁵ Vgl. Gesamtwirtschaftliche Produktion auf niedrigem Niveau. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im zweiten Quartal 1993. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 33/1993, S. 451 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verteilungsprobleme in Westdeutschland. Bearbeitet von Rudolf Zwiener. —

Der private Verbrauch im zweiten Quartal 1993. Bearbeitet von Jochen Schmidt.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304

— Hierzu 1 Prospekt des Verlages Duncker & Humblot —